

Vorlage**Bezirksregierung Arnberg**

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnsberg.nrw.de

Tel.: 02931 82-2341, 2324 od. 2306 Fax: 02931 82-46177

Regionalratssitzung am: 11.12.2008		Vorlage: 20/04/08	
Vorberatung in:	PK ...	SK ... X	VK ...
<p>TOP 4: Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr im Regierungsbezirk Arnberg unter besonderer Berücksichtigung des Ehrenamtes - Information</p> <p>Berichterstatter/in: Abteilungsdirektor Milk</p> <p>Bearbeiter/in: Regierungsbranddirektor Dr. Lamers</p>			

Beschlussvorschlag

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

Begründung im PDF-Format

Begründung:

1. Ausgangssituation

In den 1990er Jahren wurden in Nordrhein-Westfalen ebenso wie in der gesamten Bundesrepublik Einheiten und Strukturen des Katastrophenschutzes stark reduziert, da man diese Aufgabe vor allem als Schutz der Bevölkerung vor Kriegseinwirkungen betrachtete und sie angesichts der veränderten politischen Weltlage nicht mehr für vorrangig hielt. Unter dem Eindruck der Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 wandelte sich diese Sichtweise; man begann, dem Katastrophenschutz wieder mehr Bedeutung zuzumessen und neue, leistungsfähige Strukturen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zu schaffen. Um diese Prozesse von zentraler Stelle effizient steuern zu können, wurde 2003 im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen eigens eine Abteilung für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr neu geschaffen.

Speziell in Nordrhein-Westfalen wurde der Aufbau dieser Strukturen durch die Großereignisse Weltjugendtag mit Papstbesuch im August 2005 und Fußballweltmeisterschaft im Juni und Juli 2006 mit drei Spielorten in NRW weiter forciert.

In den letzten Jahren zeigte sich zunehmend, dass diese Strukturen nicht nur zur Abwehr möglicher terroristischer Bedrohungen und zur Bewältigung geplanter Großereignisse benötigt werden, sondern auch bei der wachsenden Anzahl von Extremwetterlagen, wie Orkanen und Starkregenfällen, äußerst nützlich sind. Hinzu kommt in jüngster Zeit eine Häufung von Gefahrstoffaustritten aus Industriebetrieben, wie in Mönchengladbach und Wülfrath, mit einer Vielzahl gefährdeter Personen. All dies verdeutlicht die Notwendigkeit eines leistungsfähigen Katastrophenschutzes zum Schutz der Bevölkerung und lebenswichtiger Infrastruktureinrichtungen auch ohne akute militärische Bedrohung.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat auf diese Herausforderungen reagiert und in den letzten Jahren mit einem hohen Aufwand - auch finanzieller Art - neuartige Strukturen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr geschaffen, mit denen innerhalb der Bundesrepublik sicherlich eine Spitzenposition eingenommen wird. Maßnahmen der Landesregierung von besonderer Bedeutung auf diesem Gebiet waren in jüngerer Zeit der „Maßnahmenplan MANV50plus“ vom August 2006 zur Bewältigung eines Massenfalls von Verletzten und das „Aktionsprogramm Katastrophenschutz 2008 - 2010“ vom September 2007.

Die mit all diesen Maßnahmen seit dem Jahr 2002 geschaffenen Strukturen werden im Folgenden kurz beschrieben. Im Regierungsbezirk Arnsberg wurden die Vorgaben des Landes bereits weitgehend umgesetzt. In manchen Feldern, wie etwa bei der so genannten „Vorgeplanten Überörtlichen Hilfe größeren Umfangs“ oder beim Aufbau von Krisenstäben, nimmt der Regierungsbezirk sogar eine führende Rolle ein.

Trotz aller erzielten Erfolge besteht auch im Regierungsbezirk Arnsberg Handlungsbedarf, um die Strukturen der Gefahrenabwehr weiter zu verbessern und auszubauen. Da die Gefahrenabwehr zu einem großen Teil von ehrenamtlichen Kräften, wie den freiwilligen Feuerwehrleuten und den Helfern der privaten Hilfsorganisationen und des Technischen Hilfswerks, bestritten wird, kommt der Förderung des Ehrenamts dabei eine besondere Bedeutung zu.

2. Strukturen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in NRW

2.1. Krisenstäbe

Mit Runderlass vom 14. Dezember 2004 wurden die Kreise und kreisfreien Städte, die Bezirksregierungen und auch das Innenministerium selber aufgefordert, neue Führungsstrukturen zu schaffen, die eine besonders effektive Bewältigung von größeren Schadenslagen ermöglichen sollen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Strukturen ist die Trennung des administrativ-organisatorischen Krisenstabs und der operativ-taktischen Einsatzleitung auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Der Landrat bzw. Oberbürgermeister bedient sich als politisch Gesamtverantwortlicher dieser beiden Säulen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Auf der Ebene der Aufsichtsbehörden werden ebenfalls Krisenstäbe mit einem weitgehend identischen Aufbau gebildet, allerdings ist hier die - wesentlich kleinere - operativ-taktische Komponente als so genannte Einsatzunterstützung in den Krisenstab integriert.

Auch bei der Bezirksregierung Arnsberg wurde ein Krisenstab nach den Vorgaben des Landes eingerichtet, welcher bereits bei verschiedenen Einsätzen und Übungen seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt hat (siehe 3.).

2.2. Vorgeplante Überörtliche Hilfe größeren Umfangs

Es ist offensichtlich, dass bei größeren Schadensereignissen die Ressourcen der örtlichen Feuerwehr in der Regel nicht ausreichen und die Hilfe anderer Kommunen in Anspruch genommen werden muss.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat im Jahr 2002 ein System entwickelt, um bei besonders großen Schadenslagen Einheiten der Feuerwehr geordnet unter einheitlicher Führung zur überörtlichen Hilfe zu entsenden. Dabei bilden zwei bis drei Kreise bzw. kreisfreie Städte eine so genannte Bereitschaft mit etwa 120 Feuerwehrleuten auf 30 Fahrzeugen; bis zu fünf Bereitschaften können dann die so genannte Abteilung des Regierungsbezirks bilden.

Dieses System wurde mittlerweile flächendeckend in ganz NRW eingeführt und wird beständig auf andere Bereiche erweitert. Derzeit sind folgende Entwicklungen im Gange (Stand im Regierungsbezirk Arnsberg jeweils in Klammern):

- „blaue Bereitschaften“ des Technischen Hilfswerks (seit Juli 2007 installiert)
- „weiße Bereitschaften“ der privaten Hilfsorganisationen u. a. zur logistischen Unterstützung anderer Einsatzkräfte (in der Planung)
- Mobile Führungsunterstützung (MoFüst) zur gezielten Nachalarmierung von Führungskräften zur Ablösung oder Unterstützung bestehender örtlicher Einsatzleitungen (seit März 2008 einsatzbereit)
- Wasserrettungszüge aus Boots- und Tauchgruppen von DLRG und DRK zur Rettung bei Hochwasserlagen und Überschwemmungen (Einsatzbereitschaft hergestellt; Großübung im Mai 2008)
- ABC-Einheiten zum Spüren und Messen von Gefahrstoffen oder radioaktiven Strahlern und zur Dekontamination von Personen, Fahrzeugen und Geräten (zum Teil einsatzbereit; Vorgaben des Landes in Arbeit).

2.3. Informations- und Kommunikationstechnik

Bei größeren Schadenslagen zeigt sich immer wieder, dass ein funktionierendes Kommunikationssystem den Schlüssel für eine erfolgreiche Bewältigung eines Einsatzes darstellt. Daher hat das Land in den letzten Jahren massiv in die Informations- und Kommunikationstechnik der Gefahrenabwehr investiert und wird dies auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Schwerpunkte sind hier:

- Einführung des Digitalfunks: NRW beabsichtigt, bis 2011 den Digitalfunk flächendeckend einzuführen. Derzeit läuft der Netzaufbau im Regierungsbezirk Köln; der Regierungsbezirk Arnsberg soll im Dezember 2010 den erweiterten Probetrieb aufnehmen. Der Digitalfunk wird neben einer verbesserten Sprachqualität und Abhörsicherheit stark erweiterte Nutzungsmöglichkeiten bis hin zum Datenfunk mit sich bringen.

- Informationssystem Gefahrenabwehr (IG) NRW: Das Land hat eine zentrale Datenbank für alle Ressourcen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr eingerichtet, mit deren Hilfe die Gefahrenabwehr überregional koordiniert werden kann. Derzeit ist die Datenerfassung auf kommunaler Ebene im Gange; die Bezirksregierung Arnsberg forciert dies im Bezirk.
- STABOS: Bei der Polizei wurde die leicht erlern- und bedienbare Software STABOS für die interne Kommunikation in Krisenstäben entwickelt. Diese wurde bereits für die Landesbehörden der Gefahrenabwehr eingeführt und soll auch im kommunalen Bereich verbreitet werden. Die Bezirksregierung Arnsberg setzt STABOS seit Mai 2006 in ihrem Krisenstab ein.

2.4. Konzept zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten (MANV)

Im Vorfeld des Weltjugendtages 2005 und der Fußballweltmeisterschaft 2006 wurde ein System zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten mit den folgenden Komponenten geschaffen:

- Behandlungsplatz 50 NRW: Ermöglicht die geordnete Versorgung von bis zu 50 Patienten und kann bis zu 4 Stunden autark arbeiten.
- Patiententransportzug 10 NRW: Ermöglicht den Transport von 10 Patienten ins Krankenhaus, bei Bedarf mit ärztlicher Begleitung.
- Betreuungsplatz 500 NRW: Ermöglicht die Versorgung von bis zu 500 unverletzten Betroffenen, nach Möglichkeit in vorhandener Infrastruktur, z. B. Sporthallen.

Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt in NRW ist verpflichtet, im Ereignisfall innerhalb von kurzer Zeit eine dieser drei Komponenten bereitzustellen. Das System ist gut etabliert und hat sich vor allem bei Großveranstaltungen (Fußballweltmeisterschaft, Loveparade) bewährt.

2.5. Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Bei größeren Schadenslagen kann der Rückgriff auf Personal, Gerät oder Infrastruktur der Bundeswehr erforderlich werden. Die dafür erforderliche Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) wurde 2007 völlig neu organisiert: Auf Ebene der Kreise, kreisfreien Städte und Bezirksregierungen wird diese Aufgabe von Verbindungskommandos wahrgenommen, die ausschließlich mit Soldaten der Reserve besetzt sind. Ansprechpartner der Landesregierung ist das mit aktiven Soldaten besetzte Landeskommando NRW mit Sitz in Düsseldorf. Im Einsatzfall werden Ressourcen von der kommunalen Ebene über

die Bezirksregierung beim Innenministerium angefordert, welches diese Anforderung an das Landeskommmando übermittelt; die Verbindungskommandos werden beratend und unterstützend tätig. Diese Strukturen haben sich im Regierungsbezirk Arnsberg bereits im Einsatzfall bewährt (siehe 3.).

3. Einsätze und Übungen

Die zuvor beschriebenen Strukturen kamen seit 2007 bei den nachfolgend genannten Ereignissen im Regierungsbezirk Arnsberg zum Einsatz:

- Orkan „Kyrill“: Am 18. und 19. Januar 2007 zog das Orkantief „Kyrill“ über Mitteleuropa und verursachte gravierende Schäden. Der Regierungsbezirk Arnsberg war mit seinen ausgedehnten Waldgebieten besonders betroffen. Der Krisenstab der Bezirksregierung Arnsberg war nahezu 24 Stunden im Einsatz.
- Waldbrand Grevenstein: Am 02. Mai 2007 kann es in Meschede-Grevenstein zu einem ausgedehnten Waldbrand, bei dem im Rahmen der ZMZ ein Hubschrauber der Bundeswehr zur Brandbekämpfung aus der Luft eingesetzt wurde.
- Gekoppelte Herbstübung: Am 20. Oktober 2007 fand eine gekoppelte Übung statt, bei der Krisenstäbe der Bezirksregierung Arnsberg, der Stadt Hagen und des Ennepe-Ruhr-Kreises eine Sturmlage bearbeiteten, während gleichzeitig zwei Bereitschaften der Vorgeplanten Überörtlichen Hilfe angenommene Waldbrände in Hagen und Ennepetal bekämpften.
- Loveparade Dortmund: Der Krisenstab der Bezirksregierung war am 19. und 20. Juli 2008 koordinierend tätig, alarmierte drei Patiententransportzüge und zwei Behandlungsplätze. Ferner beschaffte er mit Hilfe der ZMZ Woldecken aus Bundeswehrbeständen zur Versorgung unterkühlter Besucher.
- Großübung „Düffel 2008“: Drei Bereitschaften der Vorgeplanten Überörtlichen Hilfe, darunter die des THW, wurden am 12. und 13. September 2008 bei einer angenommenen Hochwasserlage am Niederrhein eingesetzt.

4. Bedeutung des Ehrenamtes für den Katastrophenschutz

Die Leistungsfähigkeit der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr hängt ganz wesentlich vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger ab, da bei den Feuerwehren ein Großteil der Einsatzkräfte freiwillig tätig ist und die privaten Hilfsorganisationen sowie das Technische Hilfswerk sogar fast ausschließlich auf freiwillige Helfer zurückgreifen.

Für die Feuerwehr sind die Zahlen für hauptberufliche und ehrenamtliche Einsatzkräfte in der nachfolgenden Tabelle einander gegenüber gestellt (Quelle: Gefahrenabwehr in Nordrhein-Westfalen, Jahresbericht 2006 des Innenministeriums NRW):

	hauptberuflich	freiwillig
NRW	12.788	83.622
Regierungsbezirk Arnsberg	2.527	21.411

Naturgemäß sind hier regionale Unterschiede stark ausgeprägt; so gibt es beispielsweise im gesamten Kreis Olpe überhaupt keine hauptberuflichen Feuerwehrleute.

Bei den privaten Hilfsorganisationen und beim Technischen Hilfswerk sind praktisch alle Einsatzkräfte ehrenamtlich tätig; lediglich einige wenige Führungskräfte nehmen ihre Aufgabe hauptberuflich wahr. In NRW sind etwa 24.000 Helfer bei den privaten Hilfsorganisationen und etwa 17.000 beim THW tätig. Zahlen für den Regierungsbezirk Arnsberg lassen sich kaum angeben, da die räumlichen Strukturen dieser Organisationen oft nicht den öffentlichen Verwaltungsgrenzen entsprechen.

Seit einiger Zeit ergibt sich die Schwierigkeit, dass Feuerwehr und Hilfsorganisationen ein größer werdendes Aufgabenspektrum mit einem stagnierenden oder sogar sinkenden Personalbestand bewältigen müssen. Die wesentlichen Gründe dafür sind der Bevölkerungsrückgang und die sinkende Bereitschaft junger Menschen, sich langfristig an eine Organisation zu binden. Nur wenn es gelingt, diesem sich anbahnenden Nachwuchsmangel erfolgreich entgegenzutreten, kann das jetzige Niveau der Gefahrenabwehr gehalten oder gar ausgebaut werden.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat die Förderung des Ehrenamtes bei der Feuerwehr im Jahr 2006 zum Jahresziel erklärt und seitdem verschiedene Initiativen dazu (z. B. Symposium mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft im Februar 2007) in die Wege geleitet.